

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 19.08.2008

Tagungsort:

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann

Herr Dietrich Heine

Herr Marcus Kleinkes

Herr Rolf Krieg

Herr Andreas Rüther

SPD

Herr Gerd Kranzmann

Herr Hans-Werner Plaßmann

Herr Nicolas Tsapos

Frau Frauke Viehmeister

Herr Thomas Wandersleb

Herr Heinz-Joachim Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Matthias Bolte

Frau Dr. Ingetraud Schulze

BfB

Herr Gerd-Peter Grün

FDP

Herr Harald Buschmann

Beratende Mitglieder

Frau Eugenia Betancourt Hein

Herr Dirk Hanneforth

Herr Günter Kunert

Frau Anne Röder

Nicht anwesend:

Zu Punkt

A. Sport Öffentliche Sitzung Sport

Zu Punkt 8

Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 10.06.2008 - Nr. 39/2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

„Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses vom 10.06.2008 wird genehmigt.“

einstimmig beschlossen
- einstimmig -

Zu Punkt 9

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Bockermann berichtet, dass nach vielfachen Hinweisen, Erinnerungen und Mahnungen die Verwaltung – in Absprache mit dem Stadtsportbund – in Umsetzung der Entgeltordnung für die Überlassung von Sportstätten und der Sportförderungsrichtlinien der Stadt Bielefeld den Mitgliedsvereinen des Stadtsportbundes, die städtische Sportstätten nutzen und bis zum 30.04.2008 ihre Gemeinnützigkeit nicht durch die jährliche Vorlage eines Körperschaftssteuerfreistellungsbescheides nachgewiesen haben, Entgelte für das Jahr 2008 in Rechnung gestellt hat. Entsprechend der Entgeltordnung wurden nur Zeiten für den Trainingsbetrieb, nicht jedoch für den Wettkampfbetrieb abgerechnet. Nach dem derzeitigen Stand sind neun Vereine betroffen. Das Rechnungsvolumen beträgt insgesamt ca. 21.000 €

Die Vereine haben Einwände erhoben, die seitens der Verwaltung geprüft und in Gesprächen erörtert wurden. Aus Sicht der Verwaltung bestehen die finanziellen Forderungen zu Recht, d. h. sie können nicht zurückgenommen werden. Selbstverständlich ist die Verwaltung bereit, den Vereinen bei den Zahlungsmodalitäten (z.B. durch Ratenzahlung) entgegenzukommen. Falls Vereine dennoch grundsätzlich nicht bereit sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wird die Verwaltung die erteilten Nutzungsgenehmigungen entziehen, ohne dass dadurch die Zahlungsverpflichtung entfällt.

Frau Dr. Schulze stellt klar, dass die Verwaltung entsprechend der vom Rat gefassten Beschlüsse gehandelt hat, wirft jedoch die Frage auf, ob es im Sinne der Vereine sei, diesen Nachweis jährlich zu fordern. Sie regt an, diesen Beschluss zu korrigieren und einen entsprechenden Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu beraten. Herr Rüter regt an, dass sich vorher die Arbeitsgruppe Sportförderungsrichtlinien noch einmal mit der Thematik beschäftigen soll. Herr Weber begrüßt diesen Vorschlag, weist aber noch einmal darauf hin, dass diese Beschlüsse alle einstimmig gefasst worden sind. Er fragt an, ob die Einwände begründet sind oder die Vereine die Entgeltordnung ignoriert haben. Herr Bockermann bestätigt noch einmal, dass keine Gründe angeführt worden sind, die Zweifel an der Berechtigung der Forderung aufwerfen.

Herr Zimmer stellt noch einmal heraus, dass die Vereine mehrfach auf die bestehende Regelung hingewiesen worden sind und der Stadt Sportbund die Konsequenz des Sportamtes unterstützt.

Auf Vorschlag von Herrn Rüter wird sich die Arbeitsgruppe Sportförderungsrichtlinien am 16.09.2008, 14 Uhr, noch einmal mit der Thematik beschäftigen. Gleichzeitig wird ein entsprechender Beratungspunkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses am gleichen Tag aufgenommen.

Herr Bockermann berichtet, dass das Organisationskomitee der Frauen Fußball WM 2011 am 14.08.2008 die Schüco-Arena besichtigt hat. Ziele der Inspektionsreise sind, sich über den Stand der Vorbereitungen zu informieren, das Stadion zu besichtigen und die eingereichten Unterlagen und abzuschließenden Verträge zu diskutieren. Am 29.09.2008 wird dann die Entscheidung getroffen, welche Städte für die Ausrichtung ausgewählt werden. Die Bekanntgabe des Ergebnisses wird am 30.09.2008 in Berlin erfolgen. Herr Bockermann weist darauf hin, dass die jetzt der Stadt Bielefeld bzw. dem DSC Arminia Bielefeld übersandten Verträge im Detail die Punkte regeln, die bereits Bestandteil der Beschlüsse von Hauptausschuss und Rat im Mai 2008 waren.

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Umsetzung im Schul- und Sportausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Das bisherige stellvertretende Mitglied des Migrationsrates, Delucia Xavier, ist aus dem Ausschuss ausgeschieden. Neues stellvertretendes Mitglied ist Eugenia Betancourt-Hein.

Herr Rüter stellt fest, dass eine Verpflichtung von Frau Betancourt-Hein nicht notwendig ist, da diese schon im Migrationsrat erfolgt ist.

Zu Punkt 10

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Keine.

Zu Punkt 11

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Keine.

Zu Punkt 12

Vorstellung des Projektes "Schwer mobil - was wir bewegen"

Berichterstattung : Sportbund und Sportjugend Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Rüter begrüßt Frau Kowatsch und Herrn Lemhöfer, die dem Ausschuss das Projekt „schwer mobil“ vorstellen.

Herr Lemhöfer weist einleitend darauf hin, dass die Arbeit der Sportjugend auf Ehrenamtlichkeit beruht. Sie bietet zur Zeit ca. 27.000 Kindern 1.000 Angebote, die alle das Ziel haben, den Spaß an Bewegung zu transportieren. Probleme treten meistens dann auf, wenn dieses System der Ehrenamtlichkeit mit professionellen Anbietern (hier: Gesundheitssystem) zusammentrifft bzw. zusammenarbeitet.

Anschließend erläutert Frau Kowatsch anhand einer Power-Point-Präsentation, die allen Fraktionen und Gruppen auch als Tischvorlage verteilt wird, die Ansätze und Ziele des Projektes.

In der anschließenden Diskussion, fragt Herr Weber, ob das Projekt sowohl für Kinder als auch für Jugendliche angedacht ist und ob den Schulen als Kooperationspartnern Kosten entstehen werden. Frau Kowatsch bestätigt, dass sowohl Kinder als auch Jugendliche angesprochen werden sollen. Eine finanzielle Belastung der Kooperationspartner wird es nicht geben, da die Kurse durch Teilnehmerbeiträge refinanziert werden.

Frau Betancourt-Hein betont, dass das Einbeziehen der Mütter für den Erfolg des Projektes besonders wichtig ist. Sie fragt an, wie das Projekt auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zugänglich gemacht werden soll. Frau Kowatsch bestätigt die Auffassung von Frau Betancourt-Hein und berichtet, dass die Materialien des Projektes in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Frau Dr. Schulze greift noch einmal das Problem der Vorfinanzierung der Kursgebühren, vor allem für Kinder aus sozial schwachen Familien, auf. Sie fragt an, ob es nicht möglich sei, bei den Krankenkassen im Vorfeld der Kurse eine Befreiung zu erreichen. Außerdem möchte sie wissen, ob es Angebote von „Schnuppermitgliedschaften“ gibt, um den Kindern bzw. Eltern die Angst einer „lebenslangen Bindung“ zu nehmen. Sie regt an, das Projekt mit bestehenden Angeboten, wie z.B. gesunde Ernährungsangebote in Schulen und Kindergärten, zu verknüpfen, damit Kräfte gebündelt werden können.

Herr Lemhöfer erläutert, dass die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen sich in der Praxis als äußerst schwierig erweist, vielleicht weil diese selbst Kurse anbieten. Natürlich ist es Ziel der Sportjugend, zu einer strukturellen Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zu kommen. Darum betreibt die Sportjugend auch Werbung bei den Vereinen, um Partnerschaften mit Kindergärten anzustoßen oder die Vereine zu motivieren, sich in die Ganztagsangebote der Schulen einzubringen. Natürlich sind die Vereine bereit, durch Schnupperangebote Interessierte an das Angebot des Vereins heranzuführen.

Frau Kowatsch berichtet, dass bezüglich der Probleme der Vorfinanzierung in Gelsenkirchen ein Sponsorenpool eingerichtet worden ist, der die Vorfinanzierung übernimmt, wenn sonst die Teilnahme des Kindes an dem Kurs nicht möglich ist. Frau Dr. Schulze regt an, zu prüfen, ob so ein Pool nicht auch in Bielefeld eingerichtet werden kann. Herr Zimmer ergänzt hierzu, dass es in Bielefeld eine neue Stiftung geben wird, die ebenfalls Kinder unterstützen will, damit eine Teilnahme nicht an den Kosten scheitert.

Herr Krieg stellt noch einmal das Interesse der Schulen an solchen Angeboten heraus, betont aber auch, dass es bisher schwierig war, diese Angebote langfristig zu etablieren. Er unterstützt noch einmal die Aussage von Frau Betancourt-Hein, dass der Kontakt zu den Müttern von elementarer Bedeutung ist. Er sei an einem möglichen Konzept zu diesem Thema sehr interessiert.

Herr Rüter dankt den Referenten und stellt noch einmal heraus, dass das Projekt jede mögliche Unterstützung verdient. Besonders bezüglich eines möglichen Pools sollten sich alle Ausschussmitglieder Gedanken machen, wen man hier ansprechen bzw. einbeziehen könnte.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kein Bericht.

-.-.-

Zu Punkt **B. Schule Öffentliche Sitzung Schule**

Zu Punkt 14 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 10.06.2008 - Nr. 39/2009**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 10.06.2008 wird genehmigt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

-.-.-

Zu Punkt 15

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 15.1

Einrichtung einer OGS-Klasse an der Bültmannshofschule zum Schuljahr 2008/09

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Protokoll:

Frau Wandersleb, Schulleiterin der Bültmannshofschule, berichtet, dass an ihrer Grundschule zum Schuljahr 2008/09 erstmalig an einer städtischen Grundschule eine gebundene OGS-Klasse eingerichtet wurde. Die Gebundenheit bezieht sich auf den Zeitrahmen 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr an allen fünf Schultagen. Die OGS im allgemeinen bietet einen Zeitrahmen von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr. Frau Wandersleb bietet an, bei Interesse die Erfahrungen mit der gebundenen OGS-Klasse zu gegebener Zeit im Ausschuss vorzustellen bzw. Hospitationen zu ermöglichen.

-.-.-

Zu Punkt 15.2

Anmeldetermine für die Schulanfänger zum Schuljahr 2009/2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Protokoll:

In Absprache mit Frau Schattmann, Schulaufsichtsbeamtin für Grundschulen beim Schulamt für die Stadt Bielefeld, werden die Anmeldungen für Schulanfänger für das Schuljahr 2009/10 am Mittwoch, den 05.11.2008, Donnerstag, den 06.11.2008, Freitag, den 07.11.2008 und Samstag, den 08.11.2008 jeweils von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr durchgeführt.

-.-.-

Zu Punkt 15.3

8. Arbeitsbericht 2007 der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) im

Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Protokoll:

Den Ausschussmitgliedern wurde der 8. Arbeitsbericht der RAA mit den Sitzungsunterlagen übersandt.

Herr Müller berichtet, dass der Arbeitsbericht als ordentlicher Tagespunkt auch auf der Sitzung des Migrationsrates steht. Sollte der Wunsch bestehen, den Arbeitsbericht auch im Schul- und Sportausschuss als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln, so bittet die Verwaltung um entsprechende Rückmeldung.

-.-.-

Zu Punkt 15.4

Durchführung eines Schulversuchs nach § 25 Abs. 1 SchulG zur Erprobung erweiterter Unterrichtsorganisationsformen für die Fachklasse "Augenoptiker" am Carl-Severing-Berufskolleg für Handwerk und Technik ab Schuljahr 2008/09

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Protokoll:

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Verfügung vom 25. Juni 2008 das Carl-Severing-Berufskolleg für Handwerk und Technik mit der Durchführung eines Schulversuchs nach § 25 Abs. 1 SchulG zur Erprobung erweiterter Unterrichtsorganisationsformen in den Fachklassen für „Augenoptiker“ mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 beauftragt.

Herr Nolte, Schulleiter des Carl-Severing-Berufskollegs für Handwerk und Technik, teilt am 14.08.08 mit, dass in Absprache mit der Bezirksregierung Detmold, Herrn Bödeker, die Schule an dem Schulversuch nicht teilnehmen wird.

-.-.-

Zu Punkt 15.5

Genehmigung der Einrichtung des Bildungsgangs "Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung nach dem BBiG oder der HwO - Fachkraft im Fahrbetrieb" am Carl-Severing-Berufskolleg für Metall- und Elektrotechnik ab Schuljahr 2008/09

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Protokoll:

Die Bezirksregierung Detmold hat mit Verfügung vom 09. Juli 2008 die

Einrichtung des Bildungsgangs „Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung nach dem BBiG oder der HwO – „Personaldienstleistungskaufmann/-frau“ am Rudolf-Rempel-Berufskolleg zum 01.08.2008 genehmigt.

-.-.-

Zu Punkt 15.6 **Genehmigung der Einrichtung des Bildungsgangs "Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung nach dem BBiG oder der HWO - Personaldienstleistungskaufmann/-frau" am Rudolf-Rempel-Berufskolleg ab Schuljahr 2008/09**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Protokoll:

Die Bezirksregierung Detmold hat mit Verfügung vom 09. Juli 2008 die Einrichtung des Bildungsgangs „Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung nach dem BBiG oder der HwO – „Fachkraft im Fahrbetrieb“ am Carl-Severing-Berufskolleg für Metall- und Elektrotechnik zum 01.08.2008 genehmigt.

-.-.-

Zu Punkt 15.7 **Genehmigung der Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule - Berufsabschluss nach Landesrecht und mittlerer Schulabschluss (Fachoberschulreife) - Staatlich geprüfte Sozialhelferin / Staatlich geprüfter Sozialhelfer -" am Carl-Severin**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Protokoll:

Die Bezirksregierung Detmold hat mit Verfügung vom 13. August 2008 die Einrichtung des Bildungsgangs „Zweijährige Berufsfachschule - Berufsabschluss nach Landesrecht und mittlerer Schulabschluss (Fachoberschulreife) – Staatlich geprüfte Sozialhelferin / Staatlich geprüfter Sozialhelfer-„ am Carl-Severing-Berufskolleg für Bekleidungstechnik, Biotechnik, Hauswirtschaft und Soziales zum 01.08.2008 genehmigt.

-.-.-

Zu Punkt 15.8

Sachstandsbericht "Neue Ganztagsoffensive des Landes für Sek.-I-Schulen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Protokoll:

Herr Müller gibt folgenden Bericht :

„In der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 10.06.2008 hatte das Amt für Schule auf Basis von Erlassentwürfen im Rahmen einer Informationsvorlage über die neue Ganztagsoffensive des Landes NRW berichtet. Inzwischen ist die vom Ministerium für Schule und Weiterbildung vorgenommene Verbändeanhörung abgeschlossen und die Erlasse sind am 01.08.2008 veröffentlicht worden. Wesentliche Änderungen gegenüber den Entwürfen sind nicht eingetreten, die Antragsfristen sind jedoch für die Einrichtung gebundener Ganztagsgymnasien und Ganztagsrealschulen vom 30.09.2008 auf den 30.11.2008 und für das Programm „Geld oder Stelle“ vom 30.09.2008 auf den 31.10.2008 verlängert worden. Die Antragsfrist für Investitionskostenzuschüsse für das „1.000-Schulen-Programm“ endet unverändert am 30.11.2008.

Beratung und Beschlussfassung in den Gremien der Stadt Bielefeld über investive Maßnahmen sowie über die Einrichtung gebundener Ganztagschulen müssen somit spätestens im Oktober (Schul- und Sportausschuss : 28.10.2008) und November (FiPA : 11.11.2008, Rat : 20.11.2008) erfolgen.

Alle in Betracht kommenden Schulen (inkl. Ersatzschulen) sind vom Amt für Schule in zwei Dienstbesprechungen mit Schulleitungen und Schulaufsicht sowie mit Rundschreiben informiert worden. Danach ist folgendes aktuelles Zwischenergebnis festzuhalten :

1. Realschulen

Acht von neun städtischen Realschulen sind bisher „Halbtagschulen“ und gehören zur Zielgruppe der neuen Ganztagsoffensive; die Theodor-Heuss-Schule als bestehende Ganztagsrealschule bleibt unberücksichtigt. Alle acht Schulleitungen machen zusätzlichen Raumbedarf für Verpflegungs-, Aufenthalts- und Betreuungszwecke ihrer Schüler/innen geltend. Konkrete städtische Beschlüsse bzw. Planungen inkl. Finanzierung gibt es insofern bisher für die Realschule Heepen.

In allen Realschulen wird die Einführung des gebundenen Ganztags schulintern als Option diskutiert, es gibt allerdings noch keine Beschlüsse in den Schulkonferenzen. Mindestens in fünf Realschulen liegen aber bereits positive Voten der Lehrerräte oder Lehrerkonferenzen für den gebundenen Ganztags vor (Bosseschule, RS Brackwede, RS Jöllenbeck, Kuhloschule, Luisenschule).

Das Amt für Schule beabsichtigt, unter Berücksichtigung der landeseitigen Vorgaben und Kriterien einen Prioritätensvorschlag für zwei Realschulen (+ 1 Reservebenennung) zur Umwandlung in gebundene Ganztagschulen zum Schuljahr 2009/10 und 2010/11 zu erarbeiten. Mehr als zwei umzuwandelnde Realschulen sind derzeit für die genannten Schuljahre nach Erlasslage für Bielefeld nicht zu erwarten.

2. Gymnasien

Alle sieben städtischen Gymnasien sind bisher „Halbtagschulen“, lediglich das Helmholtzgymnasium hat in den Jahrgängen 5 bis 7 Ganztagsunterricht. Alle sieben Gymnasien gehören zur Zielgruppe der neuen Ganztagsoffensive (lt. Oberer Schulaufsicht auch das Helmholtzgymnasium). Mit Ausnahme des Brackweder Gymnasiums macht die Mehrzahl der Schulleitungen zusätzlichen Raumbedarf für Verpflegungs-, Aufenthalts- und Betreuungszwecke ihrer Schüler/innen geltend. Konkrete städtische Beschlüsse bzw. Planungen inkl. Finanzierung gibt es insoweit bereits für das Gymnasium Heepen und – eingeschränkt – das Cecilien-gymnasium (für Mensa bzw. Cafeteria).

Der Bedarf bzw. die Bereitschaft zur Einführung des gebundenen Ganztags wird von fast allen Leiterinnen und Leitern der städtischen und nicht-städtischen Gymnasien mit dem Hinweis auf offensichtlich mehrheitliche Ablehnung in der Lehrer- und Elternschaft der Gymnasien sehr zurückhaltend beurteilt. Lediglich das Gymnasium Heepen spricht sich für den gebundenen Ganztags aus und im Friedrich-von-Bodenschwingh-Gymnasium wird der gebundene Ganztags als Option diskutiert, in keinem Fall gibt es bereits Beschlüsse in Schulkonferenzen.

Das Amt für Schule beabsichtigt, unter Berücksichtigung der landeseitigen Vorgaben und Kriterien einen Prioritätensvorschlag für zwei Gymnasien (+ möglichst 1 Reservebenennung) zur Umwandlung in gebundene Ganztagschulen zum Schuljahr 2009/10 und 2010/11 zu erarbeiten (inkl. Ersatzschulträger). Mehr als zwei umzuwandelnde Gymnasien sind derzeit für die genannten Schuljahre nach Erlasslage für Bielefeld nicht zu erwarten.

3. Raumbedarfe und Investitionen

In den neuen Erlassen sind keine baulichen Standards für die neuen gebundenen Ganztagschulen bzw. für die Schaffung von Räumen für Verpflegungs- und Aufenthaltszwecke definiert. Es stehen allerdings Investitionskostenzuschüsse des Landes von bis zu 100.000 Euro je Schule in Aussicht, wenn der Schulträger die Baumaßnahme in gleicher Höhe kofinanziert. Landesweit sollen 1.000 Schulen räumlich entsprechend ausgestattet werden, auf Bielefeld entfällt rechnerisch ein anteiliges Kontingent von etwa 20 Schulen.

Das Amt für Schule wird in enger Zusammenarbeit mit dem ISB die baulichen Realisierungsmöglichkeiten in den Schulen prüfen und die Investitionskosten schätzen. Im Rahmen der städtischen Möglichkeiten zur Kofinanzierung der Investitionskosten wird dann zu entscheiden sein, in welchem Umfang und mit welcher Priorität bauliche Maßnahmen an den Schulen erfolgen können.

4. Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe

Die Teilnahme der Stadt Bielefeld am Landesprogramm zum weiteren Ausbau von Ganztagschulen bzw. zur Verbesserung der Versorgungs- oder Betreuungsmöglichkeiten am Mittag und am Nachmittag ist dem Grunde nach als pflichtig zu bewerten, nach Umfang und Auswahl der Schulen allerdings in das (pflichtgemäße) Ermessen der Stadt gestellt. Die Pflichtigkeit ergibt sich aus den allgemeinen schulrechtlichen Regeln, wonach ein öffentlicher Schulträger für ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulen und eine angemessene Sachausstattung zu sorgen hat (§ 78 ff SchulG). Der Wille der Eltern ist bei der Bedarfsbeurteilung und –feststellung zu berücksichtigen.“

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion verständigen sich die

Ausschussmitglieder darauf, das Thema als ordentlichen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Buschmann, Frau Dr. Schulze, Herr Kranzmann, Herr Grün, Herr Rüter und Herr Müller.

Nach Ansicht von Herrn Buschmann sollten bei der priorisierenden Auswahl der Schulen für eine Umwandlung zu gebundenen Ganztagschulen neben räumlicher Aspekte auch inhaltliche Aspekte Berücksichtigung finden. Der Schul- und Sportausschuss sollte sowohl über solche räumliche als auch über solche inhaltlichen Kriterien frühzeitig beraten, um den Schulen für ihre eigenen inhaltlichen Planungen Rahmenbedingungen an die Hand zu geben.

Herr Müller betont, dass die Auswahlkriterien für eine Umwandlung zu gebundenen Ganztagschulen in den vorliegenden Erlassen vorgegeben sind. Die Prüfung der inhaltlichen Konzepte werde von der Bezirksregierung Detmold als zuständiger Schulaufsicht vorgenommen.

Frau Dr. Schulze bittet um Berücksichtigung der durch den Ganztagsbedingungen geänderten Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte im Rahmen der weiteren Investitionsplanungen.

Herr Müller betont, dass die Schulträger im Rahmen der Verbändeanhörung auf den von Frau Dr. Schulze angesprochenen Aspekt hingewiesen haben, die Erlasse jedoch nur Raumbedarfe für Verpflegungs-, Aufenthalts- und Betreuungszwecke für Schüler/innen definieren.

Herr Kranzmann berichtet, dass bei der Bezirksregierung Detmold bereits eine Arbeitsgruppe für die Prüfung der inhaltlichen Ganztagskonzepte der Schulen eingerichtet wurde. Die Reserviertheit der Gymnasien in der Frage der Einrichtung des gebundenen Ganztags ist nach Auffassung von Herrn Kranzmann vor allem durch die im Vergleich zu Realschulen wesentlich größeren Sek. I-Bereiche der Gymnasien bedingt. An Gymnasien komme man teilweise auf Größenordnungen von bis zu 600 Schülerinnen und Schülern in der Sek. I. Die Einrichtung des gebundenen Ganztags könne vor dem Hintergrund dieser Größenordnungen sowohl die Schulen als auch den Schulträger überfordern.

Herr Grün begründet die Reserviertheit der Gymnasien auch in den noch fehlenden näheren Informationen in der Elternschaft. Für die Elternschaft seien insbesondere folgenden beiden Fragen wichtig :

- wie lange wird unterrichtet und an wie vielen Tagen in der Woche ?
- gibt es über die Ganztagszeit hinaus noch zusätzliche Hausaufgaben oder werden diese in der schulischen Zeit bereits vollständig erledigt ?

Das Thema wird als ordentlicher Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung am 16.09.2008 erneut behandelt.

Beschluss:

Zu Punkt 15.9 Sachstandsbericht Interimsmaßnahmen Max-Planck-Gymnasium

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Protokoll:

Den Ausschussmitgliedern wird folgende Mitteilung schriftlich ausgehändigt :

„Um angesichts der Asbestproblematik und vor dem Hintergrund der geplanten Sanierung der betroffenen Gebäudeteile des Max-Planck-Gymnasiums eine Unterrichtsraumversorgung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, wurde die ehemalige Gutenbergschule als Dependancestandort für die Unterstufe des MPG bereitgestellt. Die dieses Gebäude bis Schuljahresende als Dependance nutzende Brodhagenschule wurde zum Schuljahresbeginn 2008/09 am Hauptstandort „Am Brodhagen“ zusammengeführt und erhält dort zur Überbrückung des vorübergehenden Unterrichtsraumdefizits zwei zusätzliche Klassencontainer“, die derzeit installiert werden.

In den Sommerferien fanden umfangreiche Umzugs- bzw. Herrichtungsarbeiten statt, um eine Nutzung der Gutenbergschule durch das Max-Planck-Gymnasium zu ermöglichen.

Der Sachstand der Unterrichtsraumversorgung des MPG zum Schuljahresbeginn 2008/09 und noch ohne die „Containeranlage“ stellt sich wie folgt dar:

Gebäude Gutenbergschule:

Die 15 Klassen der Jahrgänge 5 – 7 (cirka 400 Schülerinnen und Schüler) werden seit Schuljahresbeginn im Gebäude der ehemaligen Gutenbergschule, Gutenbergstraße 19, unterrichtet. Das Schulgebäude ist im Rahmen der Schulbausanierung vor einigen Jahren umfassend saniert worden und seit 2006 mit einer Ausgabeküche und Aufenthaltsbereichen für die Mittagsversorgung der Schülerinnen und Schüler bzw. den Ganztagsbetrieb ausgestattet. Neue Fenster auf der „Schulhofseite“ wurden in den Sommerferien ebenfalls installiert, sämtliche Klassenräume wurden neu gestrichen. Auch für den Fach- und Sportunterricht sind die räumlichen Voraussetzungen in diesem Gebäude gegeben.

Der Umzug von Mobiliar und Lernmaterialien wurde unter tatkräftiger Mithilfe auch der Lehrkräfte und organisiert durch den ISB in den Sommerferien vollzogen.

Ergänzende Beschaffungen von Lehr- und Lernmitteln sowie Mobiliar wurden bereits zum Großteil in den Sommerferien getätigt bzw. werden in Kürze geliefert, 8 Dienstfahräder für die Lehrkräfte wurden außerdem beschafft.

Für die Verwaltung der Schule (Sekretariat, Schulleitung) und die Lehrkräfte stehen ebenfalls geeignete, entsprechend möblierte sowie vernetzte Räumlichkeiten bereit. Erforderliche Telefon- und Faxan-

schlüsse sind installiert worden.

Beide Schulstandorte sind mit einer Richtfunkverbindung „vernetzt“ und können so miteinander kommunizieren.

Die neuen Schulwege wurden von den Schülerinnen und Schülern inzwischen eingeübt und die Nutzung des ÖPNV mit den zusätzlich nutzbaren Haltestellen Wittekindstrasse (Linie 3) bzw. Melanchtonstrasse (Buslinie 26) ist mit moBiel ebenfalls durch flexiblere Nutzung der Schulwegtickets bzw. der Bus- und Stadtbahnlinien im Sinne der Schule geregelt worden.

Gebäude Max-Planck-Gymnasium:

Für die Mittel- und Oberstufe (Klassen 8 bis 13, cirka 700 Schülerinnen und Schüler) können am bisherigen Schulstandort des MPG der bereits sanierte Gebäudeteil entlang der Stapenhorststraße und der Schulpavillon dauerhaft genutzt werden, da diese Bereiche nicht von den Asbestfunden in den Wandputzen betroffen sind.

Die auch mit asbesthaltigem Putz versehenen Wände des Baukörpers in Richtung der Almhallen, der u.a. die naturwissenschaftlichen Fachräume, Musik- und Kunsträume beherbergt, wurden komplett mit Glasfasertapeten bekleidet.

Daher kann dieses Gebäude für schulische Zwecke bis zu einer endgültigen Sanierung ebenfalls genutzt werden.

Bis zur Installation der Containeranlage vss. Ende der Herbstferien werden im mittleren Gebäudetrakt entlang der Melanchtonstrasse übergangsweise noch 10 Klassen, 2 Computerräume und die Verwaltungsflächen genutzt.

Bisher wurden 35 Luftmessungen im Max-Planck-Gymnasium durchgeführt. Alle Messungen waren negativ, d.h. es wurden keine Fasern festgestellt. Aus diesem Grund sind weitere Messungen derzeit nicht nötig.“

Zu Punkt 15.10 Schulbaupreis 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Protokoll:

Herr Müller berichtet, dass der OGS-Anbau an der Astrid-Lindgren-Schule in der Kategorie „OGS“ mit dem Schulbaupreis 2008 ausgezeichnet wurde.

Der Schulbaupreis 2008 wurde erstmalig zusammen vom Ministerium für Schule und Weiterbildung und der Architektenkammer NRW vergeben. Von 140 Bewerbungen wurden 20 Projekte für eine Prämierung ausgewählt, davon drei aus OWL und hier wie bereits genannt das Projekt an der Astrid-Lindgren-Schule in Bielefeld.

Zu Punkt 16

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Zu Punkt 16.1

Mündliche Anfrage von Frau Röder zum Ausbau des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Röder bezieht sich auf die Behandlung des Themas in der letzten Ausschusssitzung am 10.06.2008 und fragt nach den Ergebnissen der mit den Grundschulen inzwischen geführten Diskussionen in den Schulleitungsdienstbesprechungen.

Herr Müller berichtet, dass in den Schulleitungsdienstbesprechungen bereits erste Schulen erklärt haben, sich die Einrichtung gemeinsamen Unterrichts (GU) vorstellen zu können. Die Schulen befinden sich vornehmlich in Nachbarschaft bereits bestehender GU-Schulen, so dass dies dem Ziel einer sinnvollen gesamtstädtischen Verteilung von Integrationsschulen in den Stadtbezirken eher nicht dienlich sei. Die Verwaltung wird über den Fortgang des weiteren Verfahrens berichten.

Zu Punkt 17

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Zu Punkt 17.1

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.07.2008 zu Verbundschulen im Grundschulbereich

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5546/2004-2009

Herr Heine erklärt, dass durch den Antrag insbesondere sichergestellt

werden soll, dass die Verwaltung den Ausschuss über die Einzelheiten, d.h. ggf. bestehende Probleme, anderweitige Vorschläge und Alternativen, Ergebnisse etc., des weiteren Verfahrens hinsichtlich der möglichen Einrichtung von Verbundschulen im Grundschulbereich auf dem laufenden halten wird.

Herr Müller berichtet, dass die Schulen von der Verwaltung noch vor Beginn der Sommerferien gebeten wurden, frühzeitig zum Schuljahresbeginn die Schulmitwirkungsgruppen zu bilden, damit Ansprechpartner für die weiteren Gespräche und Planungen zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung wird gebeten, in nächster Zeit darzustellen, wie bei Verbundschulen im Grundschulbereich der offene Ganztagsunterricht organisiert, wie die Schulprogramme der einzelnen Schulen respektiert und die Qualität der schulischen Bildung sichergestellt werden.

einstimmig beschlossen
- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.07.2008 zur Finanzierung der OGS-Ferienangebote

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5547/2004-2009

Herr Heine begründet den Antrag seiner Fraktion.

Er bittet, zukünftig im Rahmen der OGS folgende Aspekte zu beachten :

- Die Federführung für die OGS liegt im Bereich Schule
- Sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch der Schul- und Sportausschuss sollen beide „gleichzeitig“ mit Themen der OGS befasst werden unabhängig davon, von welchem Bereich die Initiative ausgeht
- Jugendhilfeausschuss und Schul- und Sportausschuss sollen frühzeitig über freie Mittel informiert werden, um über eine anderweitige Verwendung beraten und beschließen zu können

Da die im Antrag aufgeworfenen Fragen bereits mit der zusammen mit dem Antrag versandten Mitteilung des Jugendamtes beantwortet wurden, wird über den Antrag nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

abgesetzt

Zu Punkt 17.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.07.2008 zur Einbindung von Sportvereinen in die Arbeit der Ganztagschulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5548/2004-2009

Frau Brinkmann begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Frau Brinkmann erklärt, der Antrag sei mit Herrn Zimmer als Vorsitzenden des Stadtsportbundes abgestimmt und solle die wichtige Rolle des Sports und seiner Vereine in Bielefeld stärken bzw. stützen. Aufgrund der mit der OGS verbundenen Ausdehnung der Schulzeiten seien bei vielen Sportvereinen rückläufige Mitgliederzahlen festzustellen. Es gelte, zukunftsweisende Möglichkeiten zu finden, Kinder nicht nur an eine vorrangig in der OGS vermittelte allgemeine Bewegung, sondern bereits frühzeitig auch an Fachsportarten wie z.B. Fußball, Leichtathletik, Schwimmen oder Tennis heranzuführen, um mögliche Talente und Potentiale zu entdecken, zu fördern und auszubauen. Die Verwaltung solle deshalb gebeten werden zu prüfen, wie Sportvereine stärker in die Arbeit der Ganztagschulen eingebunden werden können.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Frau Dr. Schulze, Herr Kranzmann, Frau Brinkmann, Herr Buschmann, Herr Heine, Herr Wandersleb und Herr Rütther beteiligen, wird vor allem der strukturelle Aspekt der längeren Verweildauer der Kinder in der Schule aufgrund der Ganztagsangebote und die damit ggf. verbundenen Probleme für anderweitige Lebensbereiche wie z.B. Sport, Kultur, Musik, Kirche etc. herausgestellt. Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese strukturelle Veränderung mit sich bringt und wie hiermit umgegangen werden soll bzw. kann. Zur Zeit bleibe es den Beteiligten der verschiedenen Lebensbereiche selbst überlassen, diese strukturellen Veränderungen in ihren Planungen und Angeboten zu berücksichtigen.

Zum Antrag der CDU-Fraktion wird angemerkt, dass dieser vorgreifend sei, weil hier bereits eine stärkere Einbindung der Sportvereine geprüft werden soll. Es wird für sinnvoll und richtig erachtet, zunächst die heute bestehende Einbindung der Sportvereine zu untersuchen bzw. darzustellen, um darauf aufbauend weitere Verfahrensschritte diskutieren zu können.

Die Ausschussmitglieder einigen sich zum Abschluss der Diskussion auf folgenden Auftrag an die Verwaltung, über den wie folgt abgestimmt wird :

„Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund gebeten, die derzeitige Einbindung der Sportvereine in die Arbeit der Ganztagschulen (OGS, Sek. I) zu erheben und in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss vorzustellen.“

- einstimmig beschlossen -

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie Sportvereine stärker in die Arbeit der Ganztagschulen (OGS, Sek. I) eingebunden werden können, damit Kinder in Sportarten wie z.B. Fußball, Leichtathletik, Schwimmen oder Tennis frühzeitig trainieren können, durch entsprechendes Training gefördert werden und dadurch auch Talente entdeckt werden.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 18 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Kein Bericht

Bielefeld, 16.01.09

Andreas Rüther

Zu Punkt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:
